

SÜDOSTEUROPA-GESELLSCHAFT

Geschäftsführung: DR. ROLAND SCHÖNFELD; DR. HANSJÖRG BREY

Widenmayerstraße 49, D-80538 München, Telefon (089) 2 285291, Telefax (089) 2289469

Präsidium

DR. WALTER ALTHAMMER

Präsident

PROF. DR. DR. H. C. KLAUS-D. GROTHUSEN

PROF. DR. DR. H. C. WERNER GUMPEL

ULRICH IRMER MdB

DR. KLAUS ROSE MdB

MANFRED SCHMIDT

Vizepräsidenten

DR. HANS JOACHIM SCHNIEWIND

Mitglied der Geschäftsleitung der

Deutschen Bank AG

Schatzmeister

DR. FRANZ-LOTHAR ALTMANN

PROF. DR. GEORG BRUNNER

LILIANA DJEKOVIĆ-SACHS

DR. HOLGER FISCHER

ROBERT FISCHER

PROF. DR. GERHARD GRIMM

PROF. DR. BERNHARD HÄNSEL

DR. HUGO HARTMANN

DR. KLAUS HAUSMANN

DR. HANS-PETER LINSS

PROF. DR. HANS GEORG MAJER

PROF. DR. DR. DIETER PFAFF

PROF. DR. KARL-HEINZ POLLOK

PROF. DR. KARL RUPPERT

DR. KONRAD WECKERLE

Beisitzer

Kuratorium

DR. HANS-PETER LINSS

Vorsitzender

DR. KLAUS HAUSMANN

Stellvertreter

Wissenschaftlicher Beirat

PROF. DR. DR. DIETER PFAFF

Vorsitzender

PROF. DR. ARMIN HOHLWEG

Stellvertreter

Die 1952 gegründete Südosteuropa-Gesellschaft ist eine private und gemeinnützige wissenschaftliche Vereinigung. Sie ist unabhängig und überparteilich. Nach ihrer Satzung hat sie die Aufgabe, die wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu den südosteuropäischen Ländern (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Griechenland, Kroatien, ehem. jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Rumänien, Serbien und Montenegro, Slowakei, Slowenien, Türkei, Ungarn und Zypern) zu fördern und unsere Kenntnis über die historischen und gegenwärtigen Entwicklungen in dieser Region zu vertiefen. Sie dient damit dem gegenseitigen Verständnis und einer völkerverbindenden Partnerschaft.

Die Südosteuropa-Gesellschaft regt den Ausbau und die Intensivierung der Südosteuropa-Forschung an und stellt Kontakte zwischen deutschen und südosteuropäischen Wissenschaftlern aller Fachrichtungen her. Sie vermittelt und interpretiert Erkenntnisse und Erfahrungen, die für die Handels- und Kooperationsbeziehungen zu den südosteuropäischen Ländern von Bedeutung sind.

Zu diesem Zweck veranstaltet die Südosteuropa-Gesellschaft internationale Konferenzen, wissenschaftliche Symposien, Fachtagungen, Seminare und Vortragsreihen. Sie fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs durch Hochschulwochen, Stipendien für Studienaufenthalte in den südosteuropäischen Ländern und Preise für hervorragende Leistungen in der Südosteuropa-Forschung. Sie veröffentlicht Forschungsergebnisse und Informationen über die wissenschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit in ihrer Vierteljahresschrift SÜDOSTEUROPA MITTEILUNGEN sowie in ihren Schriften SÜDOSTEUROPA-JAHRBÜCHER, SÜDOSTEUROPA-STUDIEN, SÜDOSTEUROPA-SCHRIFTEN und SÜDOSTEUROPA AKTUELL.

SÜDOSTEUROPÄ MITTEILUNGEN

Vierteljahresschrift der Südosteuropa-Gesellschaft e. V.

33. Jahrgang

Heft 4/1993

INHALT

*Sonderdrucke
Klaus Kreiser*

AUFSÄTZE

Sabine Riedel:

Bulgarien außenpolitische Optionen 301

Veneta Momtscheva:

Bulgarien und das UN-Embargo gegen Serbien und Montenegro 314

Viola Gruebner:

Reale Chancen für die Aufnahme der Staaten Südosteuropas
in die Europäischen Gemeinschaften 318

Alice Landau:

Regionale Kooperation in Mittel- und Osteuropa: Auf dem Wege zu einer
neuen europäischen Architektur? 328

Robert Fischer:

Die Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands und der
Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Slowakischen Republik 344

Bahri Yilmaz:

Die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei von 1923 bis 1980 350

BERICHTE

22. Arbeits- und Fortbildungstagung der Arbeitsgemeinschaft der Bibliotheken und
Dokumentationsstellen der Ost-, Ostmittel- und Südosteuropaforschung (ABDOS)
und der Südosteuropa-Gesellschaft, 7.–10. Juni 1993 in Den Haag 366

Mitglieder-Studienreise der SOG vom 28. August bis 4. September 1993 in
die Slowakei und Konferenz zum Thema „Die Slowakei in Geschichte und Gegenwart“
am 31. August in Bobrovnik 367

„Die bulgarische Literatur in alter und neuer Sicht“. Symposium der SOG-Zweigstelle
Göttingen vom 18. bis 20. Oktober 1993 378

„Minderheiten als Sicherheitsproblem in Ostmittel- und Südosteuropa“. Internationale
Konferenz auf Burg Schlaining, Burgenland, 19.–22. Oktober 1993 381

Eröffnung der SOG-Zweigstelle Leipzig am 21. Oktober 1993 382

„100 Jahre Rumänistik in Leipzig“. Internationales Kolloquium der SOG in Leipzig,
22. und 23. Oktober 1993 383

Nestor-Woche 1.–7. August 1993 in Chora/Griechenland 386

Der XI. Internationale Slavistenkongreß vom 30. August bis 8. September 1993
in Bratislava 389

AUS DER FORSCHUNG 391

REZENSIONEN 393

VERZEICHNIS DER AUTOREN 399

Bahri Yilmaz

Die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei von 1923 bis 1980*

Einführung

Die Türkei hatte ohne Frage zu Beginn der Gründung der Republik im Jahr 1923 eine schlechte Ausgangsposition und wie jedes andere Entwicklungsland sah sie in der Industrialisierung die wichtigste Triebkraft für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt. Zwar war die Notwendigkeit des Aufbaues einer eigenen Industrie zur Erlangung wirtschaftlicher Unabhängigkeit schon mit Ausrufung der Republik betont worden, aber interne und externe Rahmenbedingungen erschwerten entscheidend, daß die Industrialisierung des Landes vorangebracht werden konnte.

Im folgenden soll zunächst ein kurzer Überblick über die von 1923 bis 1980 betriebene Industrialisierungsstrategie der Türkei gegeben werden. Im Anschluß sollen die Fehlentwicklungen und Erfolge dieser Strategie thematisiert werden. Im Mittelpunkt dieses Beitrages steht insbesondere die Darstellung der außenwirtschaftlichen Entwicklung.

Der Industrialisierungsprozeß der Türkei kann in fünf Perioden aufgeteilt werden.¹

Bevor auf die erste Periode von 1923 bis 1930 eingegangen werden soll, erscheint es sinnvoll, einen kurzen Überblick über die wirtschaftliche Erbschaft, die die junge Republik vom Osmanischen Reich übernommen hatte, zu geben. In der Türkei begann die Industrialisierung im geringen Umfang im 19. Jahrhundert unter Einfluß des Staates. Es wurden kaum nennenswerte Fortschritte in Richtung eines Strukturwandels der Wirtschaft bewirkt.

Im Jahr 1923 war die Türkei ein sehr armes Agrarland. Das geschätzte Pro-Kopf-Einkommen betrug im selben Jahr etwa 30 US-\$ (laufender Dollarpreis).²

Der Anteil der Industrie (einschließlich Bergbau und Industrie) machte erst knapp 12 % des Bruttosozialproduktes aus und es war nur ein sehr geringer Teil der Erwerbstätigen in diesem Bereich beschäftigt. Die Industrie bestand überwiegend aus handwerklichen Kleinbetrieben und 70 % der Industriebetriebe lagen in den damaligen Ballungszentren wie Istanbul, Izmir und Bursa.³

* Eine Fortsetzung dieser Studie über die aktuelle Wirtschaftsentwicklung der Türkei nach 1980 soll in einem späteren Heft der Südosteuropa Mitteilungen erscheinen (d. Red.).

¹ Für eine ausführliche Diskussion über die wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei 1923–1950, vgl. *Yahya Tezel*, Wirtschaftsgeschichte in der Republik Türkei 1923–1950 und *Hakki Keskin*, Die Türkei, Verlag Olle & Wolter, 1978; hier wurde nur zusammengefaßt dargestellt.

² *Tuncer Bulutay, Nuri Yildirim und Yahya Tezel*, Türkiye Milli Geliri (Wirtschaftliche Gesamtrechnung der Türkei) (1923–1948), Vol. III, Universität Ankara, Fakultät für Politikwissenschaft, 1974, Tabellen 8.1 und 8.2.

³ *Keskin*, a. a. O., S. 64.

Der Anteil der Landwirtschaft am BIP betrug fast 50 % der gesamten Wertschöpfung. 80 % der gesamten Bevölkerung war im Agrarsektor tätig. Obwohl dieser Sektor Wachstumsmotor der Wirtschaft war, zeichnete er sich durch extreme Rückständigkeit und sehr geringe Produktivität aus. Hierzu gehört, daß moderne landwirtschaftliche Techniken unbekannt waren und der überwiegende Teil der ländlichen Bevölkerung Analphabeten waren. Eine kleine feudale Oberschicht besaß über die Hälfte des anbaufähigen Bodens. Der Agrarsektor war der Hauptträger des Exportes. Auch war die Infrastruktur der Türkei zu dieser Zeit sehr rückständig. Eine Ausnahme stellte das 4000 km lange Eisenbahnnetz dar, das im starken Maße mit ausländischem Kapital gebaut worden war und im inländischen Besitz lag. Die türkische Handelsflotte besaß eine Tonnage von nur 22000 Tonnen. Landstraßen waren kaum gebaut. Das Land besaß kein Kommunikationsnetz.⁴

Das Bankwesen spielte in der türkischen Wirtschaft eine dominierende Rolle und war hauptsächlich von kräftigem Zufluß ausländischen Privatkapitals getragen. Die Hauptgeschäfte der Banken bestanden in Darlehensvergabe an die osmanische Regierung. Die Osmanische Bank (mit französischem und britischem Kapital), die Deutsche Bank und Credit Lyonnais waren die wichtigsten Banken. Die einzige in nationalem Besitz stehende Bank war die 1888 gegründete Landwirtschaftsbank.⁵

Darüber hinaus waren die ohnehin sehr knappen und für die künftige Industrialisierung dringend notwendigen Fachkräfte zum größten Teil nach Ende des Unabhängigkeitskrieges, d.h. nach dem Bevölkerungsaustausch mit Griechenland, nicht mehr im Land. Es fehlten qualifizierte Arbeitskräfte und Unternehmer im Industriebereich. Außerdem belastete das Land der vom Osmanischen Reich geerbte Schuldenberg. Obwohl die seit 1881 existierende Schuldenverwaltung mit dem Lausanner Friedensabkommen 1923 aufgelöst wurde, erklärte sich die türkische Regierung bereit, 66 % der gesamten Schulden des Osmanischen Reiches zurückzuzahlen.

Mit dem Lausanner Friedensabkommen hatte die Türkei die politische Unabhängigkeit errungen. Drei Monate später wurde die Republik offiziell gegründet. Nun begann der mühsame Weg, auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Ausland zu erreichen.

Erste Phase: Aufbau und Suche nach einer eigenen Entwicklungsstrategie: 1923–1930

Nach der Gründung der Republik hatte die nationale Führung kein klares Industrialisierungskonzept. Damals stand das Land in der Anfangsphase der Industrialisierung, man wußte nichts von den Vor- und Nachteilen verschiedener Industrialisierungsstrategien, bevor man sich für einen bestimmten Weg entschied. Angesichts dieser Tatsache beschloß die nationale Regierung, gleich nach der Gründung der Republik einen Wirtschaftskongreß im Februar 1924 in Izmir zu veranstalten. Es nahmen 1135 Delegierte aus dem ganzen Lande teil. Auf diesem Wirtschaftskongreß sollten die Grundlinien und das künftige Orientierungsprogramm der Entwicklungsstrategie diskutiert und verabschiedet werden. *Kemal Atatürk* betonte auf dem Kongreß die historische Aufgabe dieser Versammlung und die Bedeutung der Ökonomie für das Land in folgender Weise: Das Prinzip der vollkommenen Unabhängigkeit ist mit einer vollkommen unabhängigen Wirtschaft identisch. ... All unsere großen Anstrengungen hinsichtlich dieser heiligen und mutigen Ziele

⁴ *Herschlag, Z. Y., Turkish Economy in Transition, The Hague van Keulen, S. 301.*

⁵ *Tez el Yahya, a. a. O., S. 80.*

dürfen nicht Prinzipien auf dem Papier, Wunsch und Begehrt bleiben. Die einzige wahre Kraft für die Verwirklichung all dessen ist die stabile Ökonomie. Wie ruhmreich auch die politischen und militärischen Siege sein mögen, wenn sie nicht mit wirtschaftlichen Erfolgen gekrönt werden, kann das Resultat von keiner Dauerhaftigkeit sein.“⁶ Er fügte hinzu: „Ökonomie ist alles ... Nach meiner Meinung müssen alle Programme und Richtlinien unseres neuen Staates und unserer neuen Republik sich auf das Wirtschaftsprogramm stützen“. Unter dieser Vorgabe fing der Wirtschaftskongreß mit seiner historischen Aufgabe an.

Der Wirtschaftsminister *Esat Mahmut Bozkurt* verdeutlichte die Meinung der Regierung bezüglich dieser Frage: „Wir gehören zu irgendeinem Wirtschaftssystem. Das neue Wirtschaftssystem sei mit keinem der vorhandenen Systeme zu vergleichen. ... Ich nenne dies neue Wirtschaftsschule ... Ohne den vorhandenen Systemen anzugehören, werden wir sie nicht vernachlässigen, gemäß den Bedürfnissen unseres Landes auch von ihnen zu lernen. Die Wirtschaft wurde teilweise vom privaten Sektor getragen, z. B. große Kreditinstitute und Industrieinvestitionen werden vom Staat geführt ...“⁷ Was das ausländische Kapital betrifft, betonte er: „Man soll nicht annehmen, daß wir Feinde des ausländischen Kapitals sind; nein, unser Land ist arm. Wir brauchen viel Kapital. Unter der Bedingung, daß das Fremdkapital unsere Gesetze respektiert, sind wir bereit, ihm auch notwendige Garantien zu gewähren. In der Vergangenheit, seit der Tanzimat-Periode (1839–1877), hatte jedoch das Fremdkapital eine außergewöhnliche Position, der Staat und die Regierung waren nichts anderes als Gendarmen des ausländischen Kapitals. Wir dürfen nicht zu einem Land der Sklaven werden.“⁸

Die verabschiedeten Beschlüsse des Kongresses, die nur als Empfehlungen gelten und die Richtlinien der künftigen Entwicklungsstrategie der Türkei formulieren sollten, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Künftig sollte eine nationale Industrialisierungsstrategie durchgeführt werden. Mit anderen Worten: Der Industrialisierungsprozeß soll in erster Linie von inländischen Privatunternehmen getragen werden. Die Kapitalakkumulation sollte durch staatliche Maßnahmen beschleunigt und gefördert werden.
2. Der durch die Industrialisierungsbemühungen unersetzbarer Bedarf an Sachkapital und technologischem Know-how sollte teilweise durch Kapitalimport befriedigt werden, unter der Voraussetzung, daß ausländisches Kapital das nationale Recht akzeptiert und den nationalen Interessen des Landes diene.
3. Der Staat sollte aktiv am wirtschaftlichen Geschehen teilnehmen. Er sollte sich überwiegend auf die Industriezweige konzentrieren, in denen die inländischen Unternehmer nicht in der Lage sind, aufgrund eigener Initiativen den Übergang von Manufaktur und Kleinindustrie zur Großindustrie kurzfristig zu verwirklichen.
4. Im Agrarbereich sollten die erforderlichen Maßnahmen getroffen, die noch sehr niedrige Produktivität erhöht und der Lebensstandard der auf Selbstversorgung eingestellten ländlichen Bevölkerung verbessert werden.

Aus den Beschlüssen des Kongresses ging deutlich hervor, daß künftig eine liberale Wirtschaftspolitik im Rahmen eines gemischten Wirtschaftssystems betrieben würde und die Industrialisierung teilweise durch die sich unter der Schutzherrschaft des Staates befin-

⁶ Türkiye İktisat Kongresi (Alltürkischer ökonomischer Kongreß), 1924 – Hrsg. *Okcu, A. Gunduz*, Ankara 1971, S. 250.

⁷ Ebda., S. 263.

⁸ Ebda., S. 252–53.

henden und derzeit noch relativ schwachen inländischen Handels- und Industrieunternehmer stimuliert werden sollte.

Tatsächlich orientierte sich die Wirtschaftspolitik an den Richtlinien des Kongresses. Sie wollte das Industriewachstum über das von den Marktkräften erzeugte Tempo hinaus durch Importsubstitutionspolitik beschleunigen. Der Staat hatte bald eigene Wirtschaftsunternehmen gegründet sowie die private Initiative zur Errichtung von Industriebetrieben durch Vergabe von Bauland und gewisse kreditpolitische und fiskalische Maßnahmen anzuregen versucht. Der Staat versuchte schon frühzeitig, z. B. mit einem Industrieförderungsgesetz vom Mai 1927, die Investitionstätigkeit im Bereich der Industrie anzuregen.

Betrachtet man diese erste Periode unter ökonomischen Gesichtspunkten, so kann man feststellen:⁴

1. Die erste Periode, die die Zeit von 1923–1930 umfaßt, ist teilweise gekennzeichnet durch eine mäßige Industrialisierung. Ein Strukturwandel zugunsten der Industrie hatte kaum stattgefunden. Die Wachstumsrate des BIP (in konstanten Preisen) betrug in den zwanziger Jahren durchschnittlich 9,5%. Daß das Wachstumstempo in der Anfangsphase durchweg hoch war, hängt natürlich mit dem niedrigeren Ausgangsniveau zusammen. Wachstumsmotor war die verarbeitende Industrie jedenfalls nicht und das gesamtwirtschaftliche Wachstum stützte sich deshalb auf die von den Witterungsbedingungen stark abhängige Landwirtschaft sowie den Bergbau.
2. Die Regierung entschloß sich zu einem industriepolitischen Konzept, das auf dem Grundsatz beruhte, daß das Land seine Rohstoffe selbst weiterverarbeiten müsse und daß auch Konsumgüterindustrien zu entwickeln seien, um auf diese Weise die Importabhängigkeit zu vermindern. Im Jahr 1923 belief sich der Anteil der wichtigsten zwei Importgüter Textilien und Zucker am Gesamtimport auf 50%. Ende der zwanziger Jahre war diese Zahl auf 35% zurückgegangen.
3. Ähnlich wie die Wirtschaftsstruktur war die Exportstruktur primärgüterorientiert: Tabak und Baumwolle stellten die mit Abstand wichtigsten Ausfuhrprodukte dar, und die schwankende Ausfuhrentwicklung beeinflusste in starkem Maße auch das Tempo der Gesamtimporte via des Industrialisierungsprozesses.
4. In diesem Zeitraum nahmen die Infrastrukturinvestitionen stark zu. Das Eisenbahnnetz wurde erweitert und teilweise nationalisiert.
5. Die Regierung verfolgte eine ausgeglichene Haushaltspolitik. Die Staatsausgaben wurden in erster Linie durch Steuereinnahmen finanziert. Für den Ausbau der anatolischen Eisenbahnlinie und Errichtung eines Hafens in Istanbul nahm die Regierung vom Ausland langfristige Kredite auf.

Trotz dieser erfolgversprechenden Fortschritte im Wirtschaftsbereich hielt sich die Industrialisierung des Landes in Grenzen. Hier sind zwei wichtige Gründe zu nennen:

- Die vom Osmanischen Reich übernommene Schuldentrückzahlung und die in Devisen bezahlten Entschädigungen für Nationalisierung belasteten die ohnehin knappen Devisenreserven des Landes und damit auch die Industrialisierungsbemühungen erheblich. Als die Türkei durch das Lausanner Abkommen von 1923 bis 1929 ihre Zollhoheit noch nicht wiedererlangte, geriet der Industrialisierungsprozeß ins Stocken, weil die Einfuhr verarbeiteter Güter nur mit relativ niedrigen Zollsätzen belastet werden durfte und die noch unausgereifte inländische Industrie der ausländischen Konkurrenz zumeist nicht gewachsen war.

⁴ Vgl. *Bulutay, Yildirim, Tezel*, a.a.O., Tabellen 8.1–2 und *Woods C.*, Report on the Economic Conditions in Turkey, London 1924, S.12–14.

- Auf der anderen Seite kam der erhoffte Aufschwung im privaten Sektor nicht zustande
 - trotz der großzügigen Vergünstigungen und Förderungen durch den Staat. Der Beitrag der privaten Unternehmen blieb hinter den Erwartungen zurück.

Zweite Phase: Versuch mit der Autarkie: Etatistische Periode (1930–1950)

In der Türkei begann die Industrialisierung im verstärkten Umfang erst Anfang der dreißiger Jahre unter dem Einfluß der industriellen Entwicklungsplanung, die mit Hilfe von sowjetischen Planungsexperten vorbereitet war und nur den staatlichen Industriesektor umfaßte. Diese teilweise als sehr radikal angesehene Revidierung der Wirtschaftspolitik und der damit verbundenen Wirtschaftsordnung wurde mit dem Begriff „Etatismus“ bezeichnet.¹⁰ Im Wirtschaftssystem „Etatismus“, wie es in den dreißiger Jahren in der Türkei praktiziert wurde, übernahm der Staat durch Gründung eigener Wirtschaftsunternehmen die Führungsrolle in der Industrialisierung und war in gleicher Weise wie private Unternehmen in der Wirtschaft tätig. Sein Bestreben zielte nicht auf die Verstaatlichung der nationalen privaten Unternehmen, sondern war vielmehr darauf gerichtet, in Schlüsselbereichen der Wirtschaft Unternehmerfunktionen zu übernehmen, wenn die private Initiative als nicht ausreichend beurteilt wurde, die für die Entwicklung des Landes für notwendig gehaltene Aktivität zu entfalten. Mit anderen Worten sollte der Staat durch eigene Investitionen in den wichtigsten Industriebereichen einen von sich finanzierten und kontrollierten „staatlichen Sektor“ aufbauen. Damit wurde die liberale Wirtschaftspolitik, auf die in den zwanziger Jahren große Hoffnung gesetzt worden waren, abgeschafft. Mehrere Gründe sprachen für dieses etatistische Konzept und für neue Prioritäten beim Industrialisierungsprozeß. Neben der Enttäuschung über die liberale Wirtschaftspolitik könnte man zwei weitere Beweggründe nennen:

Erstens wurde die Türkei vom Zerfall der Weltwirtschaft in der großen Depression und nachfolgendem Protektionismus stark betroffen. Die überwiegend aus Agrarprodukten erzielten Exporteinnahmen gingen wegen der rückläufigen Weltnachfrage nach Agrarprodukten und des Exportpreisverfalls bemerkenswert zurück. Als Folge dieser erschwerenden externen Bedingungen sah sich die Regierung gezwungen, die Jahrzehnte bestehenden Handelsbilanzdefizite durch drastische Importeinschränkungen auch mit Hilfe von Devisenmarkt-Interventionen zu beseitigen. Diese Verringerung der Einfuhren bedeutete eine starke Belastung für die in der Anfangsphase stehende Industrialisierung des Landes, weil sich die Exporte und der Kapitalimport nicht ausreichend zur Finanzierung der notwendigen Einfuhr an Rohstoffen, Zwischenprodukten und Investitionsgütern erwies. Sie bedeutete zugleich auch für die schon am Rande des Existenzminimums lebenden und weitgehend von importierten Konsumgütern abhängigen Massen einen kräftigen Rückschlag. Unter diesen Umständen blieb keine andere Wahl, als das private Kapital durch staatliche Initiative zu ersetzen.

Zweitens waren die Beziehungen zwischen der Türkei und der Sowjetunion vor allem nach dem Ersten Weltkrieg sehr intensiv. Die türkische Staatsführung beobachtete die beachtlichen Erfolge beim Aufbau der sowjetischen Industrie mit großer Aufmerksamkeit. Anscheinend waren sie von der Planwirtschaft des Nachbarlandes beeindruckt und luden die sowjetischen Planungsexperten unter Leitung von Prof. Orlow im Jahr 1931 in die Türkei ein, um ein Gutachten über die künftige Industrialisierung des Landes vorzubereiten.

¹⁰ Osman Okyar, „The Concept of Etatism“, *Economic Journal*, Vol. 75 No. 297, London, S. 267.

1932 wurde der Regierung ein detaillierter Planentwurf vorgelegt, der erste Fünfjahres-Industrieplan trat im Jahre 1934 in Kraft. Außerdem erhielt die Türkei von der Sowjetunion ein zinsloses Darlehen in Höhe von 10 Mio. US-\$ zur Verwirklichung der im Industrialisierungsplan vorgesehenen Ziele.¹¹

Versuchen wir nun, einen Überblick darüber zu erhalten, wie die etatistischen Grundprinzipien in der Praxis umgesetzt wurden. Diesen 20 Jahre andauernden Prozeß können wir in zwei ungefähr gleich lange Phasen aufteilen:

Während der ersten Phase, die den Zeitraum 1930–1939 umfaßt, wurde der erste Fünfjahres-Industrieplan eingeleitet. Der Staat wurde mit dessen Durchführung beauftragt. So stellte er Schlüsselbereiche der Wirtschaft (Versorgungsunternehmen, Verkehrsbetriebe, Grundstoffindustrien, Teile des Bankwesens) unter eigene Regie und versuchte die staatlichen Investitionsentscheidungen mit der angestrebten Wachstumsrate sowie der für notwendig gehaltenen Branchen- und Regionalstruktur der Industrie zu harmonisieren.

Der Erste Industrieplan hatte also für den Staatssektor einen imperativen Charakter und zielte darauf ab, die im Plan vorgesehenen 20 Industrieprojekte zu realisieren. Der von der Türkei beschrittene Weg der Industrialisierung bestand darin, dem Wachstum des Industriesektors bei den staatlichen Investitionen Priorität einzuräumen. Infolgedessen wurde 90 % der Gesamtinvestitionen aus staatlichen Mitteln finanziert. Leitender Grundsatz war, daß alles was im Inland technisch produzierbar war, auch mit in der Türkei reichlich vorhandenen Rohstoffen hergestellt werden sollte. Folglich wurden die Einfuhren sehr scharfen Beschränkungen unterworfen.

Die Industrialisierung konzentrierte sich zunächst auf den Bereich der Konsumgüter und sollte ab 1939 zunehmend auf Grundstoffe und vereinzelt auf Kapitalgüter übergreifen. Im selben Zeitraum stieg die Zahl der staatlichen Unternehmen von 31 auf 111.¹² Bevorzugte Sektoren waren die Baumwolltextilindustrie, die Zuckerindustrie, Papier-, Zement- und Keramikindustrie und die Chemische Industrie. Der Staat hatte – seinen etatistischen Grundprinzipien folgend – fast in alle Bereiche der Wirtschaft interveniert. Ein Gesetz von 1930 sollte der türkischen Währung gegenüber anderen Währungen Schutz gewähren und zugleich den Außenhandel stark kontrollieren. Zugleich wurde ein System der Devisenbewirtschaftung eingeführt. Gleichzeitig übernahm der Staat ab 1933 die Regelung des freien Geldmarktes und die Festlegung der Zinssätze.

Darüber hinaus wurde die bereits seit 1925 in Gang gesetzte Nationalisierung ausländischer Unternehmungen fortgesetzt und bis 1944 nahezu abgeschlossen. Die Kontrolle über Finanzwesen und Geschäftstätigkeit der ausländischen Banken wurde verstärkt.

Im Zeitraum 1930–1939 beschleunigte sich die binnenmarktorientierte Industrialisierung sehr rasch, was auf die Importsubstitution einen wichtigen Einfluß ausübte. In diesem Zeitraum war die Expansion der gesamten Industrie mit einer Jahresrate (zu konstanten Preisen) von 11,1 % erheblich stärker als das reale gesamtwirtschaftliche Wachstum von 6,2 %, während die Produktionszunahme des Agrarsektors mit 5,1 % bei rückläufiger Tendenz relativ gering war. Von 1930–1939 stieg der Anteil der Industrieproduktion am BIP von 12 % auf 18 %. Damit gelang es der Türkei, ihr Pro-Kopf-Einkommen erheblich zu steigern (real durchschnittlich 4 %).¹³

Der wirtschaftliche Aufschwung im Zuge des Industrialisierungsprozesses wurde mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges unterbrochen und erlitt einen schweren Rück-

¹¹ Vgl. *Herschlag*, a. a. O., S. 104.

¹² Vgl. *Keskin*, a. a. O., S. 88.

¹³ Vgl. *Bulutay, Yildirim, Tezel*, a. a. O., Tabellen 8.20.

schlag. Der Zweite Industriepplan, der im Jahr 1939 in Kraft treten sollte, wurde zu den Akten gelegt und die Wirtschaft wurde auf Kriegszustand umgeschaltet. Infolgedessen nahm der Einfluß des Staates auf die Wirtschaft bemerkenswert zu. Fast eine Million Menschen wurden aus der Produktion gezogen und bewaffnet. Daraus folgend stagnierte die Wirtschaft. Insbesondere die landwirtschaftliche Produktion nahm stark ab. Angesichts dieser Tatsache wurden die lebenswichtigen Konsumgüter immer knapper und dies hatte eine beschleunigte Inflation und die Aktivierung des Schwarzmarktgeschäftes zur Folge. Der allgemeine Preisauftrieb hielt unvermindert an und erhöhte sich in den Jahren 1938–1946 um das Vierfache. In diesem Zusammenhang wurden zwei Gesetze, das Nationale Schutzgesetz (1940) und das Vermögenssteuergesetz (1942) in Kraft gesetzt. Diese Gesetze zielten zunächst darauf ab, vor allem die Konsumgüterpreise zu regulieren und zu kontrollieren, aber auch die aus dem Schwarzmarkt entstandenen höheren Profite der Kriegsgewinnler zu besteuern. Die Bauern wurden dazu verpflichtet, 10–12% ihrer erwirtschafteten Agrarprodukte dem Staat abzuliefern (1943).

Während der zweiten Phase von 1940–1950 verlangsamte sich die Zuwachsrate des realen BIP mit 1,4% spürbar. Der Anstieg der Industrieproduktion lag bei nur 1,0% und im Agrarsektor sogar bei lediglich 0,5%. Diese Einbußen beim Nationaleinkommen bedeuteten bei einer gleichzeitigen jährlichen Bevölkerungswachstumsrate von 1,6% eine rückläufige Entwicklung des realen Pro-Kopf-Einkommens.¹⁴

Im Außenbereich erzielte die Türkei als Folge der etatistischen Politik große Erfolge, allerdings zu ungunsten der eigenen Bevölkerung und wirtschaftlichen Ressourcen. Zwischen 1930–1946 (Ausnahme 1938) führte die in den dreißiger und Anfang der vierziger Jahre verfolgte Außenwirtschaftspolitik zum Handelsbilanzüberschuß trotz des Exportpreisverfalls bzw. trotz der Verschlechterung der *Terms of Trade* von 1930/33.

Diese Entwicklung resultierte größtenteils aus einer drastischen Reduzierung der Einfuhren und dem multiplen Wechselkurs sowie aus dem praktizierten *Clearing-System*, d. h. die Türkei führte genau soviel ein wie sie ausführte. Über den gesamten Zeitraum hinweg hatte sie einen Handelsbilanzüberschuß und dieser Überschuß stieg im Zeitverlauf noch an. Angesichts dieser positiven Entwicklung in der Zahlungsbilanz verfügte die Türkei im Jahr 1946 über Gold- und Devisenreserven in Höhe von 262 Mio. US-\$. Trotz dieser günstigen Ausgangsposition erfolgte als Folge einer hohen Inflationsrate, die es in der Kriegszeit gab, eine Abwertung des türkischen Pfundes um etwa 100%.¹⁵

Ab 1946 intensivierte die Türkei ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit der Außenwelt auf der Grundlage der neu entstandenen internationalen Lage. Sie wurde Mitglied der OECD und erhielt einen beträchtlichen Entwicklungshilfeszuschuß aus dem Marshall-Fonds. Die gesamte Auslandsschuld der Türkei stieg von 236 Mio. US-\$ 1938 auf 439 Mio. US-\$ Ende 1945 (davon sind 127 Mio. US-\$ Wirtschaftshilfe und 187 Mio. US-\$ militärische Hilfe; dazu kommen die Altschulden des Osmanischen Reiches¹⁶). 1950 belief sie sich insgesamt auf 703 Mio. US-\$. Die neue Verschuldungswelle belebte die Wirtschaft beachtlich und verursachte naturgemäß eine Steigerung der ohnehin unter Druck stehenden Einfuhr, die ein Wachsen des Handelsbilanzdefizits und eine rapide Steigerung der Investitionen im Lande zur Folge hatte.

Sonderdrucke
Klaus Kreiser

¹⁴ National Income and Expenditure of Turkey (1948–1972). SIS. Ankara. 1973. S. 36–7.

¹⁵ William Hale, The Political and Economic Development of Turkey, London 1981, S. 73.

¹⁶ Cem Alpar, Dirs Borç Sorunu (External Debts of Turkey), Ekonomik Yaklasim: Dergisi, 1980, S. 159–60.

Die Unzufriedenheit in vielen Teilen der Bevölkerung wuchs aufgrund der hohen Steuern und der umfangreichen staatlichen Interventionen in der Wirtschaft und verbreitete sich nach dem Zweiten Krieg sehr rasch. Der Erfolg der neu gegründeten Oppositionspartei „Demokratische Partei“ kann als Folge der starken Reaktion der unter der Kriegswirtschaft leidenden Bauern und Unternehmen gegen die Regierung angesehen werden.

Die Regierungspartei versuchte diese im Land herrschende Stimmung durch Reformen zu mildern, blieb aber erfolglos. Der Ruf nach einer Liberalisierung der Wirtschaft wurde immer stärker. So gewann die Demokratische Partei am 14. Mai 1950 die Wahl mit einer überlegenden Mehrheit und übernahm die Regierungsverantwortung.

Dritte Phase: Rückkehr zur liberalen Politik und partielle Integration der Türkei in die Weltwirtschaft (1950–1960)

Ende des Zweiten Weltkrieges war der tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Umwandlungsprozeß in der Türkei schon im Gange. Die bis 1950 verfolgte etatistische Entwicklungspolitik wurde ernsthaft in Frage gestellt und vor allem von allen Seiten der Gesellschaft heftig kritisiert. Hierzu sind zwei wichtige Gründe anzuführen:

Erstens wurde seit der Gründung der Republik – ähnlich wie in zahlreichen Entwicklungsländern – der Agrarsektor zugunsten der Industrie diskriminiert, wodurch sich die realen Austauschverhältnisse zu Lasten der Landwirtschaft entwickelten. Gleichzeitig ergab sich eine Verschlechterung der Einkommensverteilung zum Nachteil der Bauern. Auf diese Weise wurde das dem Privatunternehmertum am Anfang der Industrialisierung fehlende Risikokapital mobilisiert. Dieser Prozeß wurde sogar durch die andauernd hohe Inflation beschleunigt.

Dann erhoben die Privatwirtschaft und die mit der bisherigen Politik unzufriedenen Bauern gemeinsam ihre Machtansprüche. Sie erklärten sich bereit, die Führungsrolle im Entwicklungsprozeß zu übernehmen.

Zweitens haben die politische Liberalisierung im Lande und die Intensivierung der internationalen Beziehungen zur Umorientierung des bisher bestrittenen Weges zur Industrialisierung erheblich beigetragen.

Die neue Entwicklungspolitik basiert darauf, daß im Rahmen des schon vorhandenen „gemischten Wirtschaftssystems“ dem privaten Bereich der Wirtschaft im Industrialisierungsprozeß Vorrang eingeräumt und die bisher verfolgte Strategie der Importsubstitution fortgesetzt wurde.

Die Grundlinien der von der Regierung von *Menderes* deklarierten Ziele der neuen liberalen Politik können wie folgt zusammengefaßt werden:

- die staatlichen Wirtschaftsunternehmen sollten weitgehend privatisiert werden, was aber wegen des mangelnden Interesses der Privatwirtschaft in den fünfziger Jahren nicht verwirklicht werden konnte;
- die industrielle Entwicklung des Landes sollte weitgehend von der Privatwirtschaft getragen werden;
- die industrielle Entwicklung des Landes sei nur auf der Basis substantieller Fortschritte im Agrarsektor zu erreichen. Die Landwirtschaft sollte also langfristig Priorität genießen;
- der durch die Industrialisierungsbemühungen entstandene Bedarf an Sachkapital und technologischem Know-how sollte mit Hilfe des neuen „Gesetzes zur Förderung des ausländischen Kapitals“ durch Kapitalimporte befriedigt werden;

– bei der Liberalisierung des Außenhandels sollten notwendige Fortschritte erzielt werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den fünfziger Jahren läßt sich in zwei Phasen unterteilen:

Die Zeit zwischen 1950 und 1954 unter Ministerpräsident Menderes war durch eine rapide Expansion in der realen landwirtschaftlichen Produktion und eine enorme Steigerung der staatlichen Infrastrukturinvestitionen gekennzeichnet. Die rapide Zunahme der Agrarproduktion resultierte in erster Linie aus der Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzflächen und Anwendung von modernen Techniken sowie Bewässerung des anbaufähigen Bodens. Die Produktionssteigerung in der Landwirtschaft wurde auch wiederum von Kreditvergünstigungen und die von der Regierung bewußt betriebene und begünstigte Mindestpreispolitik stark induziert. So wuchs am Anfang der fünfziger Jahre die landwirtschaftliche Produktion mit einer realen Rate von 12 %. Demgegenüber war die Wachstumsrate des Industriesektors unverändert geblieben.¹⁷

In dieser Phase wurde der Außenhandel teilweise liberalisiert. Hierzu wurde das Exportgeschäft stark gefördert und Sortiment und Umfang der importierten Güter erweitert. Die Folge war eine bemerkenswerte Zunahme sowohl in den Exporten als auch bei den Importen. Der rasche Anstieg der Exporte war in hohem Maße das Ergebnis der Expansion der landwirtschaftlichen Produktion und der günstigeren Auslandsnachfrage nach primären Gütern.

Die Zunahme des Imports dürfte in erster Linie auf die Erhöhung der inländischen Nachfrage auf Grund des starken Einkommensauftriebs und in starkem Maße auch auf den Zufluß der ausländischen Hilfe zurückzuführen sein. Das Leistungsbilanzdefizit wurde ständig durch kurz- und langfristige Auslandskredite ausgeglichen. Infolgedessen nahm die Auslandsverschuldung fortlaufend zu.

Im Industriebereich stieg der Anteil des privaten Sektors an der gesamten Wertschöpfung während dieser ersten Phase von 42 % in 1950 und 50 % in 1954 und erreichte bis Ende 1958 eine Höhe von 55 %. Insbesondere in der Textilbranche war ein „überhöhter“ Wertschöpfungsanteil zu verzeichnen.¹⁸

Die Phase zwischen 1954 und 1958 markierte einen Wendepunkt der liberalen Wirtschaftspolitik, die seit 1950 vorrangig auf Expansion gerichtet war. Gleichwohl erkannte man nicht rechtzeitig die Gefahr, daß angesichts der Expansionsmaßnahmen das bisher erreichte wirtschaftliche Wachstum gegen Zahlungsbilanzengpässe zu stoßen drohte und es immer schwieriger wurde, die Importnachfrage zu dämpfen. Nun standen die wirtschaftspolitischen Instanzen notgedrungen vor der Frage, ob die gesamte Wirtschaft wiederum auf eine vom Staat dirigierte Interventionspolitik umgeschaltet werden sollte. In der Tat geschah dies und der Staat praktizierte zunehmend eine interventionistische Politik, allerdings mit unterschiedlicher Intensität.

Die Hauptmerkmale dieser zweiten Phase kann man wie folgt zusammenfassen: hohe Inflationsrate, Zahlungsbilanzschwierigkeiten und Engpässe in der Produktion, überbewerteter Wechselkurs des türkischen Pfundes, der den Export hemmte und gleichzeitig Importe förderte. Mit dem beschleunigten Devisenschwund und der steigenden Tendenz der Auslandsverschuldung drohte bereits wieder eine erhöhte einseitige Abhängigkeit vom Ausland, aus der sich das Land seit der Gründung der Republik durch den Aufbau einer eigenen Industrie lösen wollte.

¹⁷ Vgl. Hale, a. a. O., S. 95.

¹⁸ Singer Moris, *The Economic Advance of Turkey, 1938–1960*. Ankara, 1977. S. 300 ff.

Die Anpassungsreaktion bestand häufig auch darin, den Anstieg der Importrechnung durch eine Drosselung der Importe zu bremsen, d. h. den Konsum oder die Investitionen zu verringern. Diese Kürzungen im Investitionsbereich beeinträchtigten direkt die Wachstumsrate der Produktion; der Konsum wurde eingeschränkt und der Schwarzmarkt wieder lebendiger. So sank das BIP über eine Verringerung des gesamtwirtschaftlichen Auslastungsgrades der vorhandenen Kapazitäten. Die Sicherung des vorhandenen Beschäftigungsniveaus war ernsthaft gefährdet.

Unter diesen Umständen versuchte der Staat die aus der Privatwirtschaft entstandene Investitionslücke mit eigenen Mitteln zu füllen. Die meist unrentabel arbeitenden staatlichen Unternehmen waren zumeist auf erhebliche Transferzahlungen des Staates und überhöhte Geldmengen angewiesen. Dadurch wurde der Preisauftrieb weiter beschleunigt.

Im Jahr 1958 stand die Türkei vor dem Staatsbankrott. Der tatsächliche Wechselkurs auf dem Schwarzmarkt lag fünfmal höher als der offizielle Wechselkurs. Das Zahlungsbilanzdefizit erreichte seinen Höhepunkt. Die Auslandsschulden beliefen sich auf mehr als eine Milliarde US-\$, d. h. dreimal so viel wie die Exporteinnahmen der Türkei. Zusätzlich sollten jährlich um etwa 80 Mill. US-\$ an die Kreditgeber zurückgezahlt werden.¹⁸

Im August 1958 wurde der IWF eingeschaltet. Der von ihm konzipierte Stabilisierungsplan basierte auf der Annahme, daß die überhöhte Geldmenge und der überbewertete Wechselkurs die Hauptgründe für die unausgeglichene Zahlungsbilanz der Türkei darstellten. Wie gewöhnlich beinhaltete ihr Programm daher Empfehlungen für eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik, die Abwertung des türkischen Pfundes, eine Verringerung der Importrestriktionen und ein Lohn- und Preisstopp.

Im Rahmen des von der IWF bearbeiteten Planes wurden alle diese Stabilisierungsmaßnahmen weitgehend durchgeführt. Danach erfolgte eine Abwertung des türkischen Pfundes von 2,80 auf 9,00 je US-\$. Ein Umschuldungsprozeß wurde in die Wege geleitet. Die politische Dimension der Stabilisierungsmaßnahmen wurde immer deutlicher. So führte die Erfüllung von IWF-Auflagen zu innerpolitischen Turbulenzen. Schließlich übernahm das Militär als Folge der Staats- und Wirtschaftskrise im Mai 1960 die Macht.

Vierte Phase: Einführung der staatlichen Rahmenplanung (1960–1973)

Die in den fünfziger Jahren ohne langfristige Zielsetzung betriebene Wirtschaftspolitik der demokratischen Partei führte zu einem wirtschaftlichen Chaos. Als erste Reaktion auf diese planlose und auf rein quantitatives Wachstum ausgerichtete wirtschaftliche Entwicklung wurde nach der Machtübernahme des Militärs von 1960 zunächst eine „staatliche Planungsorganisation“ ins Leben gerufen und die Phase des „Wirtschaftlichen Plansystems“ eingeleitet. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklungsplanung und das System der sogenannten „mixed economy“ im Rahmen der demokratischen Grundordnung sollte praktiziert werden. Für die Zukunft sollte der Akzent auf mehr Planung zwischen dem Staats- und Privatsektor und wirtschaftlichen Sektor sowie den Regionen gesetzt werden. Zusätzlich war die Regierung dazu verpflichtet, die künftige Entwicklung des Landes unter dem Aspekt eines Gesamtplanes zu koordinieren. Die Pläne hatten für den Staatssektor imperativen Charakter und sollten dem privaten Bereich der Wirtschaft Orientierungshilfen bieten.

Der Erste Fünfjahresplan (1963–1967) und der Zweite Fünfjahresplan (1968–1972) wurden im Rahmen einer „15-Jahre-Perspektivplanung“ durchgeführt.

Die Grundziele des Ersten und Zweiten Fünfjahresplanes können wie folgt beschrieben werden:¹⁹

- 1) Verwirklichung einer jährlichen 7%igen Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes;
- 2) strukturelle Umwandlung der Wirtschaft zugunsten der Industrie bzw. der verarbeitenden Industrie.
- 3) Im Ersten Plan sollte ein ausgeglichenes Wachstum von Landwirtschaft und Industrie angestrebt und damit die Industrialisierung auf einer gesunden Basis des Agrarsektors erreicht werden. Im Zweiten Fünfjahresplan (1968–1972) wurde die vitale Bedeutung des strukturellen Wandels der Türkei vom Agrar- und Industrieland betont und die Notwendigkeit einer wachsenden Industrie erneut unterstrichen.
- 4) Die in den Plänen vorgesehenen Investitionen sollten in erster Linie durch die Mobilisierung der inländischen Ressourcen ermöglicht werden.
- 5) Im Außenhandel sollten die sich eröffnenden Möglichkeiten der Spezialisierung im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung genutzt werden, um das Defizit der türkischen Zahlungsbilanz dauerhaft abzubauen.

Die Planungsexperten vertraten die Auffassung, daß der Industrialisierungsprozeß weiterhin durch die Strategie der Importsubstitution vorangebracht werden sollte. Diese Entscheidung schien ihnen ein geeignetes und einfach durchsetzbares Mittel zur Verwirklichung der in den Plänen vorgesehenen Ziele. Damit folgte die Türkei dem geradezu klassischen Industrialisierungsmuster der Dritten Welt.

Zugleich bedeutete diese Entscheidung aber, daß das schon vorhandene Außenhandelsdefizit weiterhin zunahm. Während der Planperiode wurde in die Importsubstitution große Erwartungen gesetzt, weil durch diese Strategie der wachsende Bedarf vor allem an Investitionsgütern neuer inländischer Industrien gedeckt wurde. Erfahrungsgemäß nahm aber mit fortschreitender Importsubstitution – paradoxerweise – der Bedarf an komplementären Vorprodukten, die im Inland nicht hergestellt wurden oder werden konnten, überdurchschnittlich schnell zu.

Was die Exportseite des Problems anbelangte, herrschte ein Exportpessimismus unter den Experten, der auf der Annahme basierte, daß die Elastizität der Weltnachfrage bei türkischen Agrarprodukten und die Angebotselastizität dieser Güter sehr gering sei. Darüber hinaus setzte sich die Auffassung durch, daß die Kostensituation der Unternehmen in so kurzer Zeit nicht in ausreichendem Maße zu verbessern sei, da diese dem internationalen Konkurrenzkampf nicht gewachsen waren. Mit den protektionistischen Maßnahmen sollte im Inland automatisch Anreiz zur Aufnahme der Produktion bisher importierter Güter geschaffen werden, damit die Importabhängigkeit des Landes im Laufe der Zeit immer geringer würde.

Wenn aber die Importe stärker als die Exporte wuchsen, wie angenommen wird, dann muß die Türkei zur Finanzierung des Außenhandelsdefizits und zur Ablösung ihrer übrigen auswärtigen Zahlungsverpflichtungen im erheblichen Umfang auf zusätzliche Kapitalimporte und ausländische Direktinvestitionen zurückgreifen.

Im folgenden soll überprüft werden, inwieweit und in welchem Maße die im Ersten und Zweiten Fünfjahresplan vorausgesehenen Ziele verwirklicht werden konnten. Darüber hinaus soll festgestellt werden, ob die eben erwähnten Befürchtungen gerechtfertigt sind.²⁰

– Beide Fünfjahrespläne sahen ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes um jährlich 7% voraus. Dieses Ziel konnte fast erreicht werden. So wuchs das BIP im Ersten Fünf-

¹⁹ Second Five Year Plan (1968–72), DPT Ankara, 1968. Vgl. *Hale*, a. a. O., S. 106.

²⁰ Second Five Year Development Plan (1968–72), S. 10–25.

jahresplan um 6,7% und in der zweiten Planperiode um 6,9%, wobei der Industriesektor die größten Zuwachsraten zu verzeichnen hatte. Trotzdem blieb die reale Wachstumsrate der Industrie hinter dem Planziel zurück.

- Die abweichenden Wachstumsraten der verschiedenen Sektoren der Volkswirtschaft spiegelten sich in der veränderten Zusammensetzung des BIP wider. Während die Landwirtschaft zwar der größte Sektor in der Volkswirtschaft – gemessen an ihrem Anteil am BIP – blieb, sank doch im Beobachtungszeitraum ihr relatives Gewicht, wogegen das des Industriesektors anstieg. Trotz dieser Tatsache konnte der vorgesehene Strukturwandel zugunsten der Industrie nicht erzielt werden. Der Anteil der Landwirtschaft konnte – wie geplant – von 41,2% 1963 auf 31,5% 1971 herabgesetzt werden. Der Anteil der Industrie am BIP stieg aber nur von 16,8% 1963 auf 20,6% 1971, anstatt auf das geplante Ziel von 25%.

Zu dem schnellen gesamtwirtschaftlichen Wachstum haben verschiedene Faktoren beigetragen. Der wichtigste Faktor war die überaus umfangreiche Kapitalbildung. Tatsächlich ist das Investitionsniveau in der Türkei gestiegen: die Bruttoinvestitionsquoten schwankten zwischen 16% in der ersten und 19,3% in der zweiten Planperiode. Diese hohe Kapitalbildung mußte allerdings in großem Maße durch inländische Ersparnisse erzielt werden. Der Anteil des ausländischen Kapitals war kaum erwähnenswert.

- Im Außenhandelsbereich wurden die Planziele sowohl beim Export und auch beim Import übertroffen. Das bescheidene Ziel für die Ausfuhren (jahresdurchschnittliche Zunahme von 6,3%) wurde tatsächlich in Höhe von 6,5% erreicht. Demgegenüber veränderte sich die Exportstruktur mit einem Industriegüteranteil von 7,8% kaum, zumal der Anstieg auf Kosten der Landwirtschaft erfolgte.

Im Zweiten Jahresplan sollte im Gegensatz zum Ersten Plan die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen auf eine jahresdurchschnittliche Zunahme von 20% gesteigert werden. Die stärkste Expansion erwartete man bei der Ausfuhr von Textilien, chemischen Erzeugnissen, Bekleidung und Lederwaren. Zu diesem Zweck wurde die Exportförderung verstärkt und die im August 1970 vorgenommene Abwertung des türkischen Pfundes (um 67% auf 15 TL je US-\$) aufgrund stagnierender Exporte in den Jahren 1968/69 veranlaßte einen sprunghaften Anstieg der Planziele sowohl bei den Ausfuhren als auch bei den Industrieerzeugnissen.

Dementsprechend stieg in der zweiten Planperiode ab 1970 die Einfuhr sehr stark an. Das hieraus entstandene Außenhandelsdefizit wurde immer größer. Es kam aber ein unerwartetes Phänomen in beiden Plänen hilfreich hinzu: Dies waren die Geldüberweisungen der im Ausland beschäftigten türkischen Arbeitnehmer, die zum Abbau des türkischen Leistungsbilanzdefizits einen großen Beitrag leisteten. Deswegen konnte die Strategie der Importsubstitution im Dritten Jahresplan als eines der wichtigsten Ziele deklariert werden und es kam kein Zweifel an der Fortsetzung der bisher eingeschlagenen Strategie auf. Mit Hilfe der weiteren Steigerung der Investitionsquote wurde eine Beschleunigung des Industrialisierungsprozesses ermöglicht und der Anteil der Industrie am BSP weiter gesteigert. Der Strukturwandel im verarbeitenden Gewerbe zu Lasten der Konsumgüterindustrie zeigte eine stärkere Expansion in der Produktion von Zwischengütern, insbesondere von Investitionsgütern.

Die folgende Entwicklung wurde vom ersten Ölpreisschock und der nachfolgenden Rezession von 1975 stark beeinflußt.

Fünfte Phase: Zusammenbruch des Industrialisierungsprozesses als Folge des Ölpreisschocks und der Weltrezession (1973–1980)²¹

Die Türkei war wie jedes andere Nicht-OPEC-Entwicklungsland ohne Frage zu Beginn der ersten drastischen Ölpreiserhöhung sehr überrascht und von den vierfach erhöhten Erdölpreisen 1973 und von der nachfolgenden Rezession schwer betroffen. Darüber hinaus befand sich das Land in einer Phase, in der die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei durch die langandauernden Regierungskrisen gelähmt und als Folge des Zypernkonflikts mit den sich daraus ergebenden Belastungen einen dramatischen Einbruch erlitten hatte. Wenn man einen Vergleich zwischen wichtigen wirtschaftlichen Indikatoren vor und nach dem ersten Ölpreisschock von 1973 anstellt, stellt man gleich fest, wie sich das Bild inzwischen verändert hat:

1. Im Zeitraum von 1970 bis 1973 expandierte die türkische Wirtschaft jahresdurchschnittlich mit einer realen Wachstumsrate des BIP um 8% sprunghaft. Aber die Wirtschaftsdynamik verlangsamte sich ab 1973 spürbar und die Wachstumsrate sank sogar auf 1,0% 1979. Diese Einbußen beim BIP bedeuten angesichts einer 2,5%igen Bevölkerungswachstumsrate eine rückläufige Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens.
2. In den Jahren zwischen 1970 und 1973 erlebte die türkische Wirtschaft eine nicht vorsehbare Exportexpansion. Im betrachteten Zeitraum nahmen die Exporteinnahmen in jeweiligen Dollarpreisen im Jahresdurchschnitt um 30,6% zu. Dabei stieg der Export der Industrieerzeugnisse mit einer Wachstumsrate von 40%. Danach mußte man sich von 1973 bis 1979 im Jahresdurchschnitt mit nur 14% Wachstumsrate zufrieden geben.
3. Demgegenüber wuchsen die Importwerte in laufenden Dollarpreisen von 1970 bis 1973 mit einer Rate von 30,1%. 1974 nahmen sie gegenüber dem Vorjahr um 81,6% zu und dieser ungewöhnliche Importanstieg hielt in den folgenden Jahren an. Der Anteil des importierten Erdöls am Gesamtimport war im Jahr 1973 bei 9,6%. Ab 1973 stieg dieser Anteil 1974 zuerst auf 18,6% und erhöhte sich 1979 drastisch auf 33,8%. Die Türkei mußte beinahe ihren gesamten Exporterlös für Erdöleinfuhren zur Verfügung stellen.
4. Aufgrund dieser unerwarteten Erdölpreissteigerungen und den damit zusammenhängenden negativen Weltmarktinflüssen wurde das Handelsbilanzdefizit der türkischen Zahlungsbilanz weitaus vergrößert. Im Jahr 1972 belief es sich in laufenden Dollarpreisen auf 678 Mio. US-\$ und gleich nach der Ölkrise stieg es 1974 auf 2,245 Mrd. US-\$. Dann erreichte es 1977 seinen Höhepunkt mit einem 4 Mrd.-US-\$-Defizit.
5. Geldüberweisungen der im Ausland beschäftigten türkischen Staatsbürger haben im Laufe der Zeit einen unersetzbaren Beitrag zur Deckung des Handelsbilanzdefizits geleistet. Ab 1974 stagnierten auch die Geldüberweisungen der türkischen Arbeitnehmer. Dabei trug der hocheingeschätzte Fremdenverkehrsbereich wenig dazu bei, die Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Türkei zu überwinden.
6. Im Jahr 1972 hat die Türkei zum erstenmal in ihrer jüngsten Wirtschaftsgeschichte den Ausgleich der Leistungsbilanz ermöglicht und sogar nach einem Jahr (1973) einen Überschuß von 484 Mio. US-\$ erzielt. Ab 1974 ist das Leistungsbilanzdefizit massiv angestiegen und erreichte im Jahr 1977 die Höhe von 3,4 Mrd. US-\$. Zuerst wurde versucht, die im Laufe der Zeit angehäufte und immer größer werdende Lücke durch De-

²¹ Bahri Yilmaz, „External Assault and Adjustment Process in Greece, Portugal, Spain and Turkey“, in: *Europa in Crossroads Agendas of the Crisis* (edited by Stefan Musto and Carl F. Pinkete), Praeger Publishers, New York, 1985, S. 133–58.

visenreserven des Lande — beseitigen. Ende 1977 waren auch die Devisenreserven ausgeschöpft. Nun stand das Land in einer Vertrauenskrise bei den Kreditgebern und internationalen Organisationen.

Dabei kletterte die Schuldendienstrate von 11,4 % 1976 auf 15,6 % 1977 und stieg in den folgenden Jahren sogar auf 20 % an. Die Summe der Auslandsverschuldungen erreichte im Jahr 1979 rund 18 Mrd. US-\$. Weiterhin ist die Türkei bei der Überwindung ihrer Zahlungsbilanzkrise in erster Linie auf die internationale Kapitalhilfe angewiesen. Die Türkei befand sich wirklich in einem wirtschaftlichen Notstand und bemühte sich darum, sich mit einer umfangreichen Auslandshilfe über Wasser zu halten, während die Europäer ihre Beiträge kürzten.

Zu den Ursachen, die zur Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Türkei führten, zählen folgende Gründe:

- 1) Die Zahlungsbilanzkrise entstand durch die Verteuerung des Erdöls und den Preisanstieg der für die Industrialisierung notwendigen Vorprodukte und Investitionsgüter. Der wiederholt kräftig heraufgesetzte Ölpreis, der weltweite Inflation auslöste, hatte die *Terms of Trade* verschlechtert.
- 2) Die inländische Inflationsrate lag seit 1970 fortlaufend über der in Dollar ausgedrückten Weltinflationsrate, ohne daß die Differenz durch Wechselkursveränderungen in Richtung auf die Abwertung ausgeglichen wurde. Damit sank der Anreiz zum Export und nahm der Anreiz zum Import zu.
- 3) Der aufgrund der handelsdämpfenden Rezession der siebziger Jahre in Erscheinung getretene Rückgang der internationalen Nachfrage sowie die starke Neigung zum Protektionismus beeinträchtigte auch die türkische Exportindustrie merklich.
- 4) Die Regierung setzte große Hoffnung auf die Importsubstitutionspolitik und setzte ihre wirtschaftliche Expansionspolitik fort, ohne den seit 1973 andauernden tiefgreifenden Strukturwandel und die schärfste Rezession der Nachkriegszeit in Betracht zu ziehen. So hielt die Regierung an ihrem weitreichenden Investitionsprogramm fest und der Anteil der Investitionen am BIP zu Marktpreisen stieg infolgedessen von 20 % im Jahre 1970 auf 23,6 % im Jahre 1977. Dies hatte eine lange andauernde expansive Geld- und Haushaltspolitik zur Folge. Aufgrund der starken Importabhängigkeit der türkischen Industrie hat sich das Handelsbilanzdefizit weiterhin vergrößert.
- 5) Der Anwerbestopp türkischer Arbeitnehmer auf den europäischen Arbeitsmärkten einerseits und die zunehmende Überbewertung des türkischen Pfundes andererseits führten zur Stagnation der Geldüberweisungen der im Ausland beschäftigten türkischen Arbeitnehmer. Hierdurch wuchs das Leistungsbilanzdefizit immer weiter.

Die Probleme, die sich aus der gestiegenen Ölrechnung und der anhaltenden Weltrezession ergaben, konnten durch mehrere Möglichkeiten beseitigt werden. Die wichtigsten sind:

- eine Verringerung der Öleinfuhren oder/und
- eine Drosselung der Nicht-Öl-Einfuhren oder/und
- eine Steigerung der Exporte oder/und
- eine Zunahme der Auslandsverschuldung.

Bedauerlicherweise hat die Regierung versucht, das immer größer werdende Zahlungsbilanzdefizit hauptsächlich durch die Beschleunigung der Schuldenaufnahme im Ausland zu finanzieren. Zunächst wurde das wachsende Leistungsbilanzdefizit aus den angesammelten Devisenreserven gedeckt. Da die Devisenreserven erschöpft waren, wurde versucht, das Leistungsbilanzdefizit durch einen relativ hohen Anteil kurzfristiger Verbindlichkeiten abzubauen. So erreichte der Anteil der kurzfristigen Schulden an den gesamten Auslandsschulden die Höhe von 56 %.

Am Anfang 1978 fand ein Regierungswechsel statt und die Republikanische Volkspartei übernahm die Regierungsverantwortung. Sie ging zu einer drastischen Rationierung von Importen über und ersuchte um internationale Hilfe. Diese Rationierungsmaßnahmen belasteten die durch Einfuhrschranken geschützte inländische Industrie, da diese von Importen abhängig war, und legte die industrielle Kapazität still. Die Türkei trat in die schwierigste Phase seit der Gründung der Republik.

Zur Überwindung der türkischen Wirtschaftskrise wurde im Rahmen der OECD ein Türkei-Konsortium gegründet (in dem die Bundesrepublik Deutschland eine führende Rolle spielte), das 1979 1,03 Mrd. US-\$ zusagte. Der IWF räumte 1980 der Türkei einen dreijährigen Beistandskredit von 1,6 Mrd. US-\$ ein; die Weltbank stellte 1980 600 Mio. US-\$ an Projekt- und Programmhilfen zur Verfügung.²²

Der 24. Januar 1980 markierte einen Wendepunkt in der Wirtschaftsgeschichte der Türkei. Die damalige Regierung, in welcher der spätere Ministerpräsident Özal Wirtschaftsminister war, hatte aufgrund der von den internationalen Finanzorganisationen gemachten Auflagen ein umfangreiches Stabilisierungsprogramm für die schon wieder vor dem Bankrott stehende türkische Wirtschaft aufgestellt. Infolgedessen wurde die Wirtschaft von einer binnen- auf eine exportorientierte Entwicklungsstrategie umgeschaltet.

Nun sollte der Industrialisierungsprozeß des Landes mit Hilfe einer weltmarktorientierten Wirtschaftsstrategie vorangebracht werden.

Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

Fassen wir die Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung bzw. des Industrialisierungsprozesses der Türkei von 1923 bis 1980 zusammen, so stehen die folgenden Schlußfolgerungen im Vordergrund:

- 1) In den zwanziger Jahren betrug die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate des realen BIP 9,6 %, in den dreißiger Jahren 6,2 %, in den fünfziger Jahren 6,3 %, in den sechziger und siebziger Jahren fast 6,0 %. Damit gelang es der Türkei, ihr Pro-Kopf-Einkommen erheblich zu steigern. Während die Türkei 1923 mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 30 US-\$ eher zur Gruppe der damals unterentwickelten Länder zählte, liegt sie in der Rangskala des Pro-Kopf-Einkommens im Jahre 1980 mit 1100 US-\$ weit über den meisten Entwicklungsländern.
Das Gewicht des Industriesektors ist zu Lasten des landwirtschaftlichen Sektors gestiegen. Gegenwärtig beträgt der Beitrag der Industrie zum BIP 25,1 %, was zwar im Vergleich zu den meisten Industrieländern nicht sehr hoch ist, doch teilweise durch den relativ hohen Staatsanteil zu erklären ist.
- 2) Im betrachteten Zeitraum wurde überwiegend die Importsubstitutionspolitik nach dem klassischen Muster verfolgt, die sich gegenüber dem Weltmarkt abschottet. Diese Politik führte seit 1950 durch drei Perioden raschen Wachstums in eine entwicklungspolitische Sackgasse und das Land geriet jedesmal in Zahlungsbilanzschwierigkeiten.
- 3) Die Türkei verfügte bei Erlangung ihrer politischen Unabhängigkeit (1923) über kein nennenswertes industrielles Produktionspotential. Nahezu der gesamte heimische Bedarf an Konsumgütern wurde importiert. Das Nahziel der Importsubstitutionspolitik war die Errichtung einer Nahrungs- und Konsumgüterindustrie und die Sicherstellung der Versorgung durch inländische Produktion. In der Periode 1950–1960 lag das

²² „The Republic of Turkey“, Central Bank of Turkey, March 1985, Ankara, S. 37.

Schwergewicht der Importsubstitutionspolitik auf der Erweiterung der verbrauchsnahen Branchen durch Vergrößerung des Spielraumes der Privatunternehmen. Mit der Einführung staatlicher Planung ab 1963 verlagerte sich das Schwergewicht der Importsubstitution weiter in die Bereiche der Produktionsmittel und Investitionsgüter.

- 4) Die binnenmarktorientierte Industrialisierung hemmte die Ausfuhr von Industriegütern (Ausnahme: Textilien und Bekleidung). Bis 1980 veränderte sich die Exportstruktur der Industrie kaum: Landwirtschaftliche und tierische Erzeugnisse machten unverändert den größten Teil aus und der Anteil der Industrieerzeugnisse hatte sich leicht vergrößert. Die Steigerung der Industrieproduktion verursachte hingegen eine wachsende Zunahme des Bedarfes an komplementären Vorprodukten und führte damit zu einer starken Importabhängigkeit der Industrie.

*Sonderdrucke
Klaus Kreiser*